

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 16. Mai 1931

Die geschichtliche Lage der Sozialdemokratie.

388. Geschichts-
Amsterdam

Von Anton Erkelenz.

SPD. Der innen- und aussenpolitische Fortschritt der deutschen Nation hängt heute mehr als je an der Sozialdemokratie. Die bürgerlichen Schichten, die die Träger des liberalen Fortschrittsgedankens sein müssten, sind in die Reaktion geflüchtet und lassen sich als deren Helfershelfer ausnutzen. Die ganze Wut aller Reaktionäre in der Aussenpolitik, im Innern in der Kulturpolitik, der Sozialpolitik, der Handelspolitik richtet sich gegen die Sozialdemokratie. Der Marxismus ist an allem schuld, und als "Marxisten" in diesem Sinne gelten den Reaktionären alle diejenigen, die sich nicht mit Herz und Hand für das Hell-Dunkel nationalsozialistischer oder deutschnationaler Reaktion erklären. In seinem bekannten Buch klagt Herr Schacht selbst Herrn Brüning des Marxismus an. Auch Herr Luther und Herr Dietrich sind für ihn nichts weiter als Werkzeuge des Marxismus.

Wer soll in Deutschland der Träger einer Politik europäischer Zusammenarbeit sein, wenn nicht die Sozialdemokratie? Wenn man die deutsche Presse liest mit Ausnahme ganz weniger demokratischer Blätter, dann hat man den Eindruck, sie hätte keine dringendere Aufgabe, als einen neuen Krieg vorzubereiten. Dabei wissen neun Zehntel der Schreiber dieser Artikel, dass sie leeres Strohdreschen. Aber die europäische Lage ist wieder einmal so gründlich verfahren, dass diese leere Rederei als eine heroische Tat erscheinen kann. Wer soll die zerrissenen Fäden wieder anknüpfen? Wer soll Europa wieder aus dem Narrenstadium herausführen, in dem wir uns augenblicklich befinden? Wer soll die europäischen Probleme einer wirklichen Lösung entgegenführen, die Einheit der deutschen Nation schaffen, ohne damit die Gegnerschaft anderer Völker auf die Spitze zu treiben? Niemand anders kann diese Aufgaben lösen als die Sozialdemokratie, gemeinsam mit ihren Bruderparteien in den andern Ländern.

Genau so liegt es auf handelspolitischem Gebiet. Die engsten Gesichtspunkte engster Interessenpolitik sind ausschlaggebend. Ob die Cichorienbrühe, die die ärmere Bevölkerung Deutschlands trinken muss, deutschen oder ausländischen Ursprungs ist, das beschäftigt einen Mann wie Herrn Schiele in den Träumen seiner Nächte. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn unterbleibt. Der politische Trennungsstrich zu diesen wird infolgedessen auch immer mehr verschärft, weil jeder kleinliche Interessenstandpunkt sich durchsetzt.

Ueber das Einkommen der Arbeiter, der Angestellten, der Beamten fällt man von allen Seiten her. Die Arbeiter gelten als die einzigen reichen Leute in Deutschland. Ihnen muss man von ihren hundert oder hundertfünfzig Mark Monats-einkommen 10, 20, wenn möglich 30 v.H. abziehen, "um die Wirtschaft anzukurbeln". In der Weise kurbeln die volkswirtschaftlichen Kinder jetzt schon ein ganzes Jahr lang, und je mehr sie "ankurbeln", umso mehr Arbeitslose gibt es. Es scheint, dass man am liebsten das Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten überhaupt aus der Welt schaffen möchte. Dass man sich damit selber die

Einnahmen beschneidet, ist den volkswirtschaftlichen Kindern noch nicht auf-
gegangen!

Immer schärfer erhebt sich auch die Bedrohung für die geistige Freiheit.
Selbst in der wilhelminischen Zeit haben wir nicht so viele Verbote von Filmen
und Theaterstücken erlebt wie heutzutage. Wer sich im öffentlichen Leben noch
zu Ideen der Freiheit und des Fortschritts bekennt, muss fast damit rechnen,
dass er sich unmöglich macht. Wer sich erlaubt, seine Gedanken einmal über die
Grenzen hinaus zu richten, wer von einem Zusammenwirken und Zusammenschaffen
der Völker spricht, gilt schon als Landesverräter!

Wer soll einmal all diesen Schutt aus den Köpfen und aus den Gesetzen weg-
räumen? Wer anders ist stark genug dazu als die deutsche Sozialdemokratie, die,
gestützt auf die breiten Massen der Arbeitnehmerschichten, sich dieser Reini-
gungsarbeit unterziehen muss!

Die sozialdemokratischen Fraktionen in Reich und Ländern haben sich in Er-
kenntnis der geschichtlichen Bedeutung der Stunde wohl gehütet, den Reaktionä-
ren in die Hände zu arbeiten. Sie haben sich wohl gehütet, einen Posten zu ver-
lassen, weil in der Umgebung wilde Horden herumtoben. Sie haben ihre Stellung
in der Staatsgewalt verteidigt. Sie haben dem Land und der Nation gegeben, was
ihnen zusteht. Sie haben gezeigt, dass die Arbeiterschaft, die die grosse Mehr-
heit der Gesellschaft ist, sich der Tatsache bewusst bleibt, dass sie in ihren
Interessen die Interessen der Gesellschaft als Gesamtheit zu vertreten hat. Die
Richtschnur ihrer Handlungsweise war in der gegebenen geschichtlichen Lage mit
Recht auf die Erkenntnis eingestellt, die Karl Renner vor einiger Zeit in der
"Gesellschaft" dargelegt hat: "Eine politische Partei wie die Sozialdemokra-
tie muss nicht ihren Ehrgeiz darein setzen, jede Stunde und jeden Tag in den
Augen ihres letzten Anhängers recht zu haben. Sondern sie muss in ihrer ge-
schichtlichen Aufgabe zum Schluss recht behalten." Gewiss hat diese Taktik
auch ihre Grenzen, und diese Grenzen sind aufgezeichnet in dem ebenfalls von
Renner geschriebenen Satz: "Niemals wird die Freiheit durch Klugheit allein
behauptet. Man muss bereit sein, für sie das Äusserste einzusetzen, Gut und
Leben." Die Reaktionäre in Deutschland sind zu allem entschlossen, besonders
nachdem es ihnen gelungen ist, Millionen Menschen um sich zu scharen, die
durch die Wirtschaftskrise verängstigt oder verelendet sind. Setzen wir der
Verwirrung die Klarheit entgegen, die Klarheit des Willens und des Denkens!
Die Sozialdemokratie, so wie sie heute ist, ist der einzige Wall, der uns noch
vor der Ueberflutung durch die Reaktion bewahrt. Dieser Damm muss halten, und
er muss verstärkt werden!

SPD. Am 20. und 21. Juni findet im Städtischen Kurhaus in Bad Grund (Harz)
eine Arbeiter-Bildner-Tagung statt, die die folgenden Fragen behandeln wird:
1. die Volkshochschulen und ihre Beziehung zur sozialistischen Bildungsarbeit,
2. die Schulungsarbeit in den Heimvolkshochschulen. Zur Tagung sind die sozia-
listischen Leiter und Lehrer der kommunalen Volkshochschulen, der Heimvolks-
hochschulen, sowie der Arbeiterbildungsorganisationen, soweit sie besondere
Schulungsstätten (Schulen, Seminare etc.) unterhalten, eingeladen. Anmeldungen
sind an den Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68,
Lindenstr. 3, zu richten, durch den auch die näheren Bedingungen für die Teil-
nahme an der Tagung zu erfahren sind.

SPD. Madrid, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

Nach einer Erklärung des Justizministers wird der extrem-monarchistische
Kardinalprimas von Spanien, Kardinal Segura, nicht wieder nach Toledo zurück-
kehren.

Die grosse Rede des Reichsaussenministers Dr. Curtius brachte keine direkte Verteidigung der deutsch-österreichischen Zollunion. Sie war vielmehr in einem durchaus versöhnlichen und zu Verhandlungen geneigten Geiste abgefasst, errang aber trotzdem im ganzen Saale keinerlei Zustimmung. Dr. Curtius begrüsst die Möglichkeit zu einer allgemeinen Aussprache. Die Not erfordere neben eigenen Massnahmen die Mitwirkung am gemeinsamen Hilfswerk. Kein Land sei so an der Sanierung des gesamteuropäischen Körpers interessiert wie Deutschland, das in der Mitte Europas allen Erschütterungen und Störungen am stärksten ausgesetzt sei. Speziell europäisch sei als Krisenursache der Zerfall Europas in eine Unzahl kleiner Wirtschaftsgebiete. Es kommt nicht darauf an, über den deutsch-österreichischen Plan im besonderen zu sprechen. Er wolle nur Gedanken allgemeiner Art anregen, in welchem Masse der Gedanke von Zollunionen zwischen einzelnen Ländern oder Gruppen von einzelnen Ländern geeignet sei, den unhaltbaren wirtschaftlichen Verhältnissen Europas abzuhelpfen. Aus dieser unhaltbaren Lage Europas führt nur ein Weg heraus: Die ständige Vergrösserung des Wirtschaftsgebietes. Zwei Methoden müssten dabei nebeneinander laufen: einmal die multilateralen Verhandlungen als gesamteuropäische Lösung, dann aber müsse es den einzelnen Staaten überlassen bleiben, den Aufbau von unten her, also Vereinbarungen zu zweien zu schaffen, welche die Tendenz zur Verallgemeinerung haben, ohne sich darum abzuschliessen. Diese regionalen Verständigungen würden zunächst an die Stelle vieler kleinerer Wirtschaften weniger grössere setzen. Diese Entwicklung führe zwangsläufig zur Zollunion. Curtius erläuterte dann die Geschichte von europäischen Zollunionen. Mit erhobener Stimme erklärte er, dass der Gedanke einer Zollunion zwischen Frankreich und Deutschland ernsthaft verfolgt worden sei. Gerade er habe sich schon als Wirtschaftsminister besonders mit dieser Frage befasst. So erkläre er sich für Deutschland hier feierlich bereit, Zollunionen mit jedem Lande abzuschliessen, ohne Unterschied der Grösse und der Richtung. Er bitte, diese Aufforderung sehr ernst zu nehmen. Daneben sei Deutschland bereit, gemeinsam mit allen Staaten in diesem Ausschuss alle ernsthaften Wege gemeinsam zu gehen, die eine Lösung oder Erleichterung der Krise mit sich bringen könnten.

Briand betonte als Vertreter Frankreichs, Curtius habe die Methode dargelegt, wie es zur Heilung Deutschlands kommen könne. Das Bestreben zur alleinigen Eigenhilfe hat in Europa eine Art Wirtschafts-anarchie geschaffen. Die Völker arbeiteten nur dann gut zusammen, wenn sie eine feste Ueberzeugung von der Haltbarkeit des Friedens hätten. Dann müsse er zu seinem Bedauern an einem empfindlichen Punkt rühren. Die Zollfrage sei nicht das ganze Problem und nicht die Ursache der wirtschaftlichen Misere. Sie sei nur die Folge der Misere. Wenn man regionale Regelungen versuche, werde man auf eine Gesamtlösung verzichten. An ihr habe man im Völkerbund erst gearbeitet. Sie sei aber bis jetzt nicht gelungen. Sei das ein Grund, darauf zu verzichten? Bei einzelnen Regelungen könne nicht vermieden werden, was nicht erlaubt sei. Hätte ich das Beispiel der deutsch-österreichischen Zollunion passieren lassen als einen Typ, dann wäre ich als Vertreter meines Landes unachtsam gewesen, weil wir morgen erst über seine rechtliche Grundlage sprechen werden. Hier ist ein Vorgang, der Unruhe gestiftet hat. Ich kann mit meinem Kollegen Curtius nicht einig gehen.

Curtius warnte vor einer Gegenüberstellung von erlaubten und unerlaubten Zollunionen. Er habe nur ganz allgemein über Zollunionen gesprochen und dies sei nur eine allgemeine Debatte. Am Montag habe der Rat die Frage der Erlaubtheit zu prüfen. Er füge hinzu, dass nach seiner Auffassung Deutschland und Österreich ganz im Rahmen der Verträge geblieben seien.

Die Weiterführung der Sitzung wurde darauf auf den Nachmittag verschoben.

SPD. Dresden, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

Vor dem Dresdener gemeinsamen Schöffengericht hat ein umfangreicher politischer Prozess stattgefunden. Er wurde geführt gegen 22 Nationalsozialisten und 11 Reichsbannerleute. Gegenstand der Verhandlung waren Vorgänge, die sich am Abend des 19. Januar in Grossenhain abspielten. Dort wurde der Stadtverordnete und Reichsbannerführer Richard Zöllner auf offener Strasse erst von dem nationalsozialistischen Stadtverordneten und SA-Führer Walter Neul und im Anschluss von herbeigerufenen SA-Leuten regelrecht überfallen und derart miss-handelt, dass er blutüberströmt zusammenbrach. Dieser gemeine Ueberfall löste grosse Erregung aus und vor dem Verkehrslokal der Nazis kam es zu Ansammlungen und Ausschreitungen. Noch am selben Abend rückte ein von Neul geführter Zug von über 100 SA-Leuten vor das Gewerkschaftshaus, wo die Nationalsozialisten einen wüsten Angriff auf vor dem Heim stehende Reichsbannerleute verübten. Es kam dabei zu Beschädigungen des Hauses und zu schweren Verletzungen mehrerer Reichsbannerkameraden auch durch Stiche. In dem jetzigen Prozess wurden die Nationalsozialisten wegen des Ueberfalls auf das Gewerkschaftsheim des Landfriedensbruchs und ein Teil von ihnen wegen des Ueberfalls auf Zöllner der gefährlichen Körperverletzung beschuldigt. Aber auch die angeklagten Reichsbannerleute sollten Landfriedensbruch, und zwar vor dem Verkehrslokal der Nazis begangen haben.

Die Verhandlung nahm einen skandalösen Ausgang. Obwohl der Staatsanwalt den Angriff auf das Gewerkschaftshaus durch die Beweisaufnahme als völlig erwiesen ansehen konnte, wurden die Nationalsozialisten von der Anklage des Landfriedensbruchs freigesprochen. Soweit wegen des Ueberfalls auf Zöllner Verurteilungen ergingen, belief sich die Höchststrafe gegen Neul auf fünf Monate Gefängnis. Dagegen wurde der Landfriedensbruch vor dem Verkehrslokal der Nazis als erwiesen angesehen und mehrere der angeklagten Gesinnungsgenossen wegen dieses Delikts bis zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Nur einer kam frei, zwei andere Angeklagte hielt das Gericht der Körperverletzung für schuldig. Das Gericht hatte, wie es in der Begründung hiess, nicht die volle Ueberzeugung erlangen können, dass die Nazis vor dem Gewerkschaftshaus die Angreifenden gewesen seien. Das Urteil stellt sich als ein unerhörter Skandal dar und wird in weitesten Kreisen helle Entrüstung auslösen.

SPD. Stockholm, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

Wegen der Odalen-Unruhen haben in Stockholm gewaltige Massenkundgebungen der Arbeiterschaft stattgefunden; ebenso fanden im übrigen Lande Kundgebungen statt. Ein Teil der Stockholmer Arbeiterschaft, die Bauarbeiter, haben am Freitag und Sonnabend aus Protest die Arbeit niedergelegt. Das im Unruhegebiet befindliche Militär und die Polizeiverstärkung wurden zur Beruhigung der ausserordentlich gereizten Arbeiterschaft zurückgezogen.

SPD. Rom, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

Zu dem Wirtschaftsabkommen zwischen Österreich und Italien erfahren wir noch: Die Meldungen, dass Ungarn direkt in dieses Abkommen hineingezogen sei, und gewissermassen ein Vertrag zu Dreien geschlossen worden sei, sind falsch. Das wurde in der Auslandspresse, besonders auch in der französischen, übertrieben dargestellt, weil die italienische Presse selber die Sache in übertriebener und irreführender Aufmachung darstellte. Das Abkommen, ein Zusatzabkommen zum Handelsvertrag zwischen Italien und Österreich, ist erst im Prinzip getroffen, keineswegs fest abgeschlossen. Ausserdem gehen noch Verhandlungen zwischen Italien und Ungarn einerseits und Österreich und Ungarn andererseits

seit langem vor sich. Diese betreffen hauptsächlich die Abnahme des grossen Getreideüberschusses in Ungarn. Eine Verbindung dieser Verhandlungen mit dem italienisch-österreichischen Abkommen könnte höchstens darin gesehen werden, dass Italien die gemeldete Gewährung von Exportkrediten für Österreich zu ganz geringen Zinssätzen davon abhängig gemacht hat, ob Österreich seine Bereitschaftserklärung zur Abnahme eines bestimmten Teils des ungarischen Weizens erfüllt.

SPD. Der Freistaat Oldenburg besteht aus den drei Landesteilen Oldenburg, Lübeck (in der Nähe der Freien Stadt Lübeck gelegen) und Birkenfeld (im Hunsrück gelegen). Er umfasst rund sechseinhalb tausend Quadratkilometer und hat gut eine halbe Million Einwohner. Der bisherige Landtag hatte 48 Sitze. Die letzten Wahlen in Oldenburg hatten folgende Ergebnisse:

	<u>Reichstagswahl</u> 14.Sept.30:	<u>Landtagswahl</u> 20.Mai 28:	<u>Mandate:</u>
Sozialdemokratische Partei	65 847	66 643	15
Kommunisten	13 965	8 360	1
Wirtschaftspartei	10 027	11 747	2
Nationalsozialisten	76 210	17 444	3
Staatspartei (Demokraten)	13 607	24 746	5
Deutsche Volkspartei	13 424	41 213	9
Deutschnationale	14 206	(Landesblock)	
(Die letzteren beiden Parteien bildeten im bisherigen Landtage den "Landesblock", marsch. aber diesmal wieder getrennt)			
Landvolkpartei	12 749	14 646	3
Christl. soz. Volksdienst	3 065	1 332	-
Zentrumspartei	47 729	39 670	9

Die im November vereinzelt stattgefundenen Gemeindewahlen zeigten für die Nazis ein noch günstigeres Bild als am 14. September!

SPD. Genf, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

Der "konstruktive" französische Gegenplan zur deutsch-österreichischen Zollunion wurde am Sonnabend kurz vor der Nachmittagssitzung der Europa-Kommission veröffentlicht. Er schlägt zwei parallele Vorzugssysteme vor, eines zugunsten der Agrarstaaten, das andere für die österreichische Wirtschaft. Beide Systeme sollen im Austausch jenen Aufnahmeländern der Agrarstaaten und Österreich gleichmässig zugute kommen, die mit ihnen durch die Meistbegünstigungsklausel verbunden sind. Auch soll diese Regelung nicht ständig sein, sondern mit fortschreitender Besserung verschwinden.

Der ganze Plan zerfällt in vier Teile, von denen der erste der Aufnahme der Ueberproduktion an Getreide in den Donaustaaten gewidmet ist. Zur Aufnahme dieser Ueberproduktion wird ein Vorzugssystem vorgeschlagen für die Exportstaaten, dem sich Frankreich jetzt völlig anschliessen will. Im Ausgleich dürfte den industriellen Aufnahmestaaten kein Vorzugssystem allein eingeräumt werden, das nicht allen Meistbegünstigungspartnern zugute kommt. Garantien gegen eine Steigerung der Produktion in den Agrarländern müssten geschaffen werden. Agrarstaaten und Aufnahmeländer müssten gemeinsame Organisationen bilden zum Verkauf und Kauf des Getreides.

Zur Behebung der industriellen Krise wird im zweiten Teil die Förderung der Entwicklung privater internationaler Industriekartelle und Agrarverbände empfohlen. Für die Industrie wird in bezug auf bestimmte Warengruppen, wie etwa Textilien, Glas oder Kohle, auf die bestehenden grossen Trusts hingewiesen. Die Zuckerkonvention biete das Vorbild für agrarische Warengruppen. Eine

solche europäische Weltorganisation könne teilweise Zollsenkungen herbeiführen. Wenn man die Zurückerstattung der Zölle für alle Produkte des gleichen Kartells einführe, käme man zur Ueberflüssigkeit der Aufrechterhaltung von Zolltarifen für alle jene Produkte.

Der dritte Teil befürwortet ein detailliertes Programm finanzieller Hilfe für Staaten mit Kreditschwierigkeiten. Ueber den Plan der internationalen Agrarbank hinaus wolle Frankreich mit seinen Banken eine Finanzierung der Ernten prüfen. Anleihen müssten durch ein Spezialkomitee des Völkerbundes geprüft und kontrolliert werden.

Im vierten Teil werden unter Erweiterung der Hilfsmassnahmen für Österreich aus dem Vertrag von St. Germain weitere spezielle Handelsvorteile vorgeschlagen, vor allem durch Gewährung von Vorzugsbehandlung auf Zollgebiet, wodurch die Hauptabnehmer durch gemeinsamen Vertrag Österreichs Absatzmarkt erweitern könnten. Ohne die Beziehungen dritter Länder zu stören könnte dieses System Österreich die wirklichen Vorteile bringen, welche die Väter des Wiener Protokolls von der Zollunion erwarteten. Im Austausch könne Österreich allen Staaten, die ihm solche Erleichterungen gewährten, entweder den status quo oder neue Vorteile anbieten, doch müssten allen Meistbegünstigungspartnern Österreichs die gleichen Vorteile gewährt werden.

Das Dokument schliesst, dass dieses Programm zu seiner Verwirklichung einen allgemeinen Friedenswillen voraussetze. Seine Verwirklichung werde, statt die einen Mitglieder der europäischen Familie gegen die anderen zu hetzen, zu einer einigenden Solidarität führen.

SPD. Kairo, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

Kairo bietet heute im Laufe des zweiten Wahltages einen würdigeren Anblick. Abgesehen von kleinen, wenig eindrucksvollen Demonstrationen herrscht Ruhe. In den drei Stadtvierteln, in denen die Wahlen stattfinden, sind alle Eingeborenenläden geschlossen, nur die Lebensmittelläden sind offen. Die Bewohner bewegen sich ruhig auf der Strasse, die Wahlbüros sind fast leer, am Eingang jeder Strasse stehen Polizei und Militär.

SPD. Die dem preussischen Staat gehörende Preussische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft (Preussag) zahlt für das Krisenjahr 1930 eine Dividende von 4 %, was Aufwendungen in Höhe von 4,24 Millionen erfordert, Der Reingewinn wird mit 5,556 Millionen angegeben. Vorgetragen werden rund 600 000 Mark.

Die Preussag hat die Wirtschaftskrise doppelt zu spüren bekommen. Einmal litt sie als Rohstoffproduzent unter der allgemeinen Einschränkung. Davon wurde besonders der Kohlenbergbau und der Kalkabsatz (Kalkwerk Rüdersdorf bei Berlin) betroffen. Insgesamt hat sich der Gesamtumsatz im Krisenjahr um 15 Millionen verringert, hauptsächlich durch den Ausfall in den oberschlesischen Kohlenruben, im Erzbergbau, bei den Eisenhütten in Gleiwitz und Malapané und bei dem Kalkwerk Rüdersdorf. Neben der allgemeinen Einschränkung in der Produktion hatte die Preussag als Produzent von Metallen unter der Preiskatastrophe auf den Metallmärkten zu leiden. Im Zusammenhang damit ist das Erzbergwerk Clausthal, das seit 400 Jahren existiert und wo sich eine Erschöpfung der Vorräte zeigte, stillgelegt worden. Hinsichtlich des Erzbergbaus wird bemerkt, "dass die Marktpreise die Selbstkosten nicht mehr deckten". Dadurch sei auch der weiterbetrieb des Eisenerzbergwerks in Dillenburg (Hessen) ernstlich in Frage gestellt. Zu allem kam noch das Unglück von Vienenburg, wo hochrentable Kalkschächte, sonst finanzielle Stützen des Unternehmens, ersoffen. Ein neues Tätigkeitsgebiet ergab sich im Oelbergbau in Hannover (Oedesse-Oelheim). Hier konnte sich auch die Bohrverwaltung Schönebeck betätigen, die aber trotzdem

nicht voll beschäftigt werden konnte.

Die Bilanz zeigt eine Steigerung der Anlagewerte um fast 14 Millionen Mark. Die Abschreibungen werden mit 7,3 Millionen angegeben. Das Aktienkapital selbst wurde um 30 Millionen auf 110 Millionen verringert, wodurch den Stilllegungen und dem Vienenburger Unglück Rechnung getragen worden ist. Neu ist die Zerlegung des Reservefonds, die, wie ausdrücklich unterstrichen wird, im Interesse der Bilanzklarheit erfolgte. Die Bilanz führt jetzt einen gesetzlichen Reservefond in Höhe von 2 1/4 Millionen auf und einen ausserordentlichen Reservefonds, der in den besseren Jahren mit 6 Millionen Mark bedacht worden ist.

SPD. Paris, 16. Mai (Eig. Drahtb.) *

In der am Sonnabend abgehaltenen Sitzung des Landeskongresses der französischen Grubenarbeiter in St. Etienne wurde der Tätigkeitsbericht des Vorstandes nach einer Rede des Generalsekretärs mit 123 gegen 6 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen und darauf der Gesamtvorstand wiedergewählt.

Die Tätigkeit des Vorstandes und des Landesausschusses war am Freitag von verschiedenen Delegierten scharf kritisiert worden, weil beide Organe im März dieses Jahres sich für die Annahme einer Lohnkürzung und nicht für die Ausrufung des Generalstreiks ausgesprochen haben, wie ursprünglich beschlossen war, falls die Arbeitgeber auf der Senkung der Löhne bestehen bleiben sollten. Der Generalsekretär widerlegte am Freitag in geschickter Weise diese Kritik, indem er auf die Gefahren, die ein Streik für die Arbeiter gebracht hatte, hinwies. Die sechs Delegierten, die gegen den Bericht gestimmt haben, erklärten, dass sie mit ihrem Votum nur gegen die Tatsache protestieren wollten, dass der Verbandsvorstand ein Telegramm an eine dem Verband nicht angeschlossene Gewerkschaft gesandt habe. Der Kassenbericht des Vorstandes wurde von dem Kongress einstimmig angenommen.

SPD. München, 16. Mai (Eig. Drahtb.)

Am Sonntag, den 10. Mai überfielen Nationalsozialisten nach einer Standardweihe das freigewerkschaftliche Volkshaus in Lemberg bei Pirmasens und im Anschluss daran eine Gastwirtschaft, die in der Regel von Sozialdemokraten besucht wird. Den ganzen Tag versuchten die uniformierten Hitlerianer die Arbeiterschaft zu provozieren. Als sie damit keinen Erfolg hatten, gingen sie am Abend zum Angriff vor, worüber ein Unbeteiligter folgendes mitteilt:

Ohne jeden Anlass wurde das am Dorfausgang nach Pirmasens gelegene Volkshaus der Lemberger Arbeiterschaft angegriffen. Mit Pflastersteinen und Holzknüppeln wurden die Fensterscheiben demoliert und versucht, in das Gebäude einzudringen. Das grosse eiserne Hoftor konnte noch rechtzeitig geschlossen werden. Nun kletterten die fanatisierten Braunhemden über das Tor und öffneten es von innen. Inzwischen waren aber vier Polizeibeamte hinzugekommen, die nur unter Einsatz ihres Lebens und mit der Pistole in der Hand die aufgewiegelten Nazis zurückhalten konnten. Dabei hat sich besonders der Lehrer von Lemberg hervorgetan, auf dessen Verantwortung dieser Landfriedensbruch geht. Die abgefeuerten Schüsse drangen in die Wand des Aufenthaltsraumes, der gerade in dieser Zeit stark besetzt war. Die anwesenden Frauen und Kinder mussten in den Keller verbracht werden. Schlimmer hauste die Bande dann in der Wirtschaft. Diese liegt an der Strasse Lemberg-Pirmasens und musste von den Hitlerianern passiert werden. Nachdem eine Abteilung der vollständig uniformierten Stosstruppe vorbei war und schwarze Sturmabteilungen nachrückten, wurde plötzlich von einem Hornisten Sturm geblasen. Im gleichen Augenblick wurde das ganze Gebäude umzingelt und mit allerlei Schlagwerkzeugen (Schlagringen, Gummiknüppeln, Messern usw.) auf die ahnungslosen Gäste eingehauen. Fensterscheiben fielen klir-

rend zu Boden, Biergläser flogen durch die Fensterrahmen, Frauen und Kinder wurden verletzt, auf den am Boden liegenden Leuten herumgetrampelt. Dem Gastwirt wurden verschiedene schwere Verletzungen beigebracht, sodass seine Ueberführung nach dem Krankenhaus notwendig wurde. Es besteht Gefahr, dass er das Augenlicht verliert. Der Sozialdemokrat Wolle, der am Eingang sich der Bande entgegenstellte, erhielt mit einem Schlagring eine tiefe Kopfwunde und musste gleichfalls ins Krankenhaus sich begeben. Bei diesem Ueberfall wurde auch die Bufoettkasse geplündert und in der Küche der Versuch gemacht, das dort aufbewahrte Geld zu rauben. Eine Frau aus Pirmasens erhielt einen Dolchstich in den Arm und musste sich in ärztliche Behandlung begeben. Nach diesem Ueberfall marschierte die legale Garde Hitlers in Marschordnung nach Pirmasens zurück.

SPD. Paris, 16.Mai (Eig.Drahtb.)

In Lille haben am Sonnabend gemäss dem Vorschlag des Arbeitsministers neue Verhandlungen zwischen dem Generalsekretär des Textilkonsortiums und Delegierten der sozialistischen und christlichen Gewerkschaften über die Lösung des Lohnkonflikts stattgefunden. Der Vertreter der Arbeitgeber machte dabei einen Vorschlag, der geeignet ist, den Ausbruch des Generalstreiks am 18.Mai zu verhindern. Danach wollen die Arbeitgeber auf die Durchführung der zehnpromzentigen Lohnsenkung verzichten und nur die vierprozentige Anwesenheitsprämie abschaffen, die den Arbeitern als Ersatz für ihre Beiträge zur Sozialversicherung im vorigen Herbst zugebilligt worden war. Die Arbeitervertreter haben den Vorschlag noch nicht angenommen, sondern wollen ihn erst den Generalversammlungen unterbreiten, die am Sonnabend-Abend in allen Orten abgehalten werden.

SPD. Der neue spanische Botschafter Americo Castro ist am Sonnabend in Berlin eingetroffen.

SPD. Genf, 16.Mai (Eig.Drahtb.)

In der Sonnabend-Nachmittagsitzung der Europakommission hielt Grandi eine höchst undurchsichtige Rede, die Italien nach keiner Seite hin festlegt. Er zählte auf, dass vier Wege vorgeschlagen worden seien. Die Kreditorganisation sei schwer. Italien arbeite aber gerne mit. Zur Entwicklungsförderung internationaler Privatsyndikate der Industrie meinte Grandi, die Grosse der Zahl der Produkte könne so nicht erfasst werden. Vorzugszölle könnten gut wirken, wenn sie zu einer allgemeinen Senkung der Zölle führten. Man könne sie aber nicht einheitlich regeln. Durch Formung von grösseren Marktgebieten durch die Zollunion könne wohl geholfen werden, sie dürften jedoch nicht zur Bildung stärkerer Wirtschaftsgebilde zum Schaden schwächerer führen. Als Ausgleich müsste die Meistbegünstigungsklausel dienen. Grandi erinnerte dann an die kürzlich abgeschlossenen Verkehrs- und Handelsabkommen Italiens in Mitteleuropa, die sehr nützlich als Vorarbeit seien. Es existierten viele Möglichkeiten, die der Verschiedenheit der Verhältnisse in Europa entsprechen müssten. Jeder Vertrag müsse die Rechte dritter Staaten achten. Die italienische Delegation behalte sich vor, auf alle Anregungen zurückzukommen. Er schlug vor, die Wirtschaftskonvention von 1922 so rasch als möglich in Kraft zu setzen. Das gestatte dann direkte Verhandlungen in grösserer Ruhe.

Francois Poncet-Frankreich begründete ausführlich den vorgelegten konstruktiven Plan seiner Regierung. Der österreichische Aussenminister Schober hielt sich streng an die Allgemeinheit der Aussprache und schilderte die wirtschaftlichen Leiden Oesterreichs mit all ihrem Elend seit Kriegsende. Sämtliche Ver-

suche für Besserung hätten keinen Erfolg gehabt. Mit den alten Methoden könnten noch nicht einmal die Zollschranken der früheren österreichischen Wirtschaftseinheit beseitigt werden. Für ein Vorzugssystem brauche man die schwierige Zustimmung aller europäischen und aussereuropäischen Länder. Nur die Methode der Zollunion könne wirksam helfen. Weit entfernt, einen Platz zu verlangen, der ihm nicht gebühre, erwarte Österreich mit diesem Weg eine Fülle von Verhandlungen über den Beitritt zu einer Zollunion. Diese regionale Aktion solle in den Aufbau Europas eingeschlossen werden. Österreich könne nicht mehr warten und sich bescheiden mit neuen Konferenzversuchen. Es brauche praktische Hilfe.

Die Sitzung wurde darauf auf Montag-Nachmittag vertagt.

SPD. Genf, 16.Mai (Eig.Drahtb.)

Das Kontrollkomitee für die österreichische Anleihe hat am Sonnabend mit den Vertretern der österreichischen Regierung über die Ausgabe von Schatzscheinen zum Zwecke der Sanierung der österreichischen Creditanstalt verhandelt. Die Vertreter Österreichs haben dem Komitee die nötigen Aufklärungen gegeben, und das Komitee hat die Vorschläge der Regierung in den wichtigsten Punkten gut aufgenommen. Es wird jetzt eine Entschliessung vorbereitet, in der das Komitee unter bestimmten Bedingungen hauptsächlich unter Beteiligung der Internationalen Zahlungsbank in Basel der ausgabe der 150 Millionen Schilling Schatzscheine zustimmt. Der italienische Präsident des Komitees, Bianchini, reist am Sonntag mit dem Direktor der österreichischen Nationalbank Dr. Reisch nach Basel, um diese Frage mit der IBZ zu besprechen und auch die Frage der Platzierung der Schatzscheine zu regeln. Am Montag wird das Kontrollkomitee endgültige Beschlüsse fassen.

SPD. Rom, 16.Mai (Eig.Drahtb.)

Die charakteristischen Einzelheiten des italienischen Gegenplans veröffentlicht im Anschluss an die Genfer Rede Grandis am Sonnabend das "Giornale d'Italia". Was Grandi nur andeutete und sich für später vorbehielt, wird hier deutlich gesagt: Wirtschaftsabkommen, wie sie Italien schon mit Oesterreich und Ungarn abgeschlossen hat, sollen wechselseitig abgeschlossen werden, besonders mit allen Donau- und Balkanstaaten. Diese zweiseitigen Abkommen untereinander mit Krediterleichterungen und Transportermässigungen stellen sich offen dem Paneuropaplan Briands entgegen. Zum Unterschied vom deutsch-österreichischen Plan und in Annäherung an den französischen würde jede Möglichkeit zu in sich geschlossenen Wirtschaftsblöcken verhindert. Jedes politische Moment werde ausgeschlossen, wie es angeblich bei dem deutsch-österreichischen Plan vorhanden sei. Interessen Dritter würden nicht verletzt und die wirtschaftlichen Vorteile würden auf Gegenseitigkeit beruhen. Die praktische Wirkung würde sich angeblich sofort einstellen. Deutschland soll natürlich in den Plan insofern einbezogen werden, als ihm alle Sonderabkommen mit Einzelstaaten, vor allem der Donau- und der Balkanstaaten völlig freistehen. Aber der deutsch-österreichische Zollplan wäre nach Annahme des italienischen Vorschlags seiner wesentlichen Bedeutung und seines Zieles beraubt.

SPD. Rom, 16.Mai (Eig.Drahtb.)

Kapellmeister Toscanini, der in Bologna von einem Faschisten geohrfeigt wurde, weil er es ablehnte, die faschistischen Hymnen zu spielen, denkt nach unseren Informationen nicht daran, Italien fluchtartig zu verlassen und nicht mehr in die Heimat zurückzukehren. Obwohl das Blatt des Bruders Mussolinis am Sonnabend die Haltung des Faschisten billigte, kümmert er sich in seinen Entschlüssen überhaupt nicht darum.

Aus aller Welt

Der verräterische Dolch.

Die Geschichte einer seltsamen Mordaufklärung.

SPD. Mülhausen (Elsass) Mitte Mai (E.B.)

Der Zufall ist der beste Detektiv. Er bringt Verbrechen an den Tag, an denen auch die klügste menschliche Organisation oft verzweifeln muss. Kragenknöpfe entlarven Mörder, und das Versehen eines Briefträgers tut manchmal mehr für die Ermittlung der Wahrheit, als die Arbeit von tausend findigen Kriminalisten. Jeder Polizeifachmann weiss das und setzt zu fünfzig Prozent darin seine Hoffnung.

Eine Geschichte aus diesen Tagen: Ein Mord wurde begangen, im elsässischen Mülhausen; der Täter liess einen Dolch am Schauplatz liegen - schon 24 Stunden später war der Besitzer der Waffe auf verschlungenen Pfaden ermittelt.

Ali Lunaz und die sieben Kinder.

Im Elsass haben sich nach dem Kriege zahlreiche Araber, richtiger gesagt: Algerier, angesiedelt. Teilweise als Arbeiter, teilweise aber auch als Händler. Als Teppichhändler besonders, wie man sie täglich auf allen Boulevards von Paris zu sehen bekommt. Malerische Gestalten, das Fez auf dem Kopf, die buntfarbigen Teppiche über der Schulter, so gehen sie von Kaffeehaus zu Kaffeehaus und bieten den Gästen ihre Ware an, lassen mit sich handeln und sind auch nicht böse, wenn man ihnen nur die Hälfte des verlangten Preises zahlt. Im Parallelogramm Merkurs einigt man sich schliesslich, aber die Händler kommen immer noch auf ihre Kosten. Ein solcher Mann war Ali Lunaz, der in Mülhausen sein Gewerbe trieb. Es muss einträglich gewesen sein, denn der Händler lebte nicht schlecht, ernährte Frau und sieben Kinder, oft trug er grössere Summen bei sich.

Das Ende des Algeriers.

Eines abends gegen neun Uhr überquerten einige Passanten eine dunkle Ecke am Kleberplatz in Mülhausen, stolperten über einen Gegenstand am Boden und machten zu ihrem Entsetzen die Entdeckung, dass ein Toter zu ihren Füssen lag. Die Polizei wurde alarmiert und ermittelte, dass der Mann - es war der Algerier Lunaz - ermordet worden war. Der Tod war durch einen Stich mit einem Dolche eingetreten, der die Herzschiessader durchschnitten hatte. Die Waffe fand man am Boden. Es war ein langer schmaler Dolch, wie ihn nur die Eingeborenen tragen. Der Verdacht lenkte sich sofort auf einen Landsmann des Ermordeten. Er wurde verhaftet. Auch der eigene Sohn wurde verdächtig befunden und festgenommen. Die Züge nach Strassburg nach Paris wurden beobachtet, alle reisenden Algerier in dieser Nacht angehalten und nach ihrem Aufenthaltsort befragt.

Das Gedächtnis des Eisenbahners.

Aber die Polizei war auf der falschen Spur. Die Mülhausener Morgenblätter veröffentlichten eine Fotografie des Dolches, mit dem der Mord verübt war. Diese Notiz las auch ein Eisenbahner. Ihm fiel ein, dass er vor einiger Zeit eine ähnliche Waffe bei einem Althändler der Stadt gesehen hatte. Der Eisenbahner teilte seine Vermutung telefonisch der Kriminalpolizei mit. Kurze Zeit darauf traten einige Beamte in den Laden des Althändlers. Der Mann war sehr erschrocken und erinnerte sich auch bald an das, was man von ihm wissen wollte. Ja, einen Dolch in der erwähnten Art hatte er vor einiger Zeit verkauft, an einen Elsässer namens Woehrlen, dessen Adresse ihm jedoch unbekannt sei.

Sich selbst gerichtet!

Woehrlen war der Polizei nur zu bekannt. Mehrfach vorbestraft, Trinker, führte er ein Leben ohne Regelmässigkeit, arbeitete nicht - aber einen Mord

hätte man ihm niemals zugetraut. Schon gegen Abend wurde Woehrlen in einer Wirtschaft verhaftet. Er leistete der Aufforderung, mitzukommen, Folge, riss aber in einem Augenblick, als die Kriminalbeamten nicht darauf achteten, ein Rasiermesser aus der Tasche und durchschnitt sich damit blitzschnell die Kehle. Eine Stunde später war der Verhaftete tot, nachdem er vorher ein Geständnis abgelegt hatte. Er hatte den Algerier in einer Wirtschaft kennen gelernt, gesehen, dass er viel Geld bei sich trug, und ihn dann auf dem Kleberplatz heimtückisch erstochen. Das Ableben des Mörders ersparte weitere Komplikationen, die un= schuldig Verhafteten wurden wieder entlassen...

Vorsicht bei Indizien!

Was wäre aber eingetreten, wenn der Eisenbahner nicht zufällig an diesem Morgen das Bild der Mordwaffe in der Zeitung gesehen hätte? Viele Indizien wiesen darauf hin, dass ein Algerier der Täter war. Auf dem Sohn des Ermordeten ruhte der stärkste Verdacht, weil er einen Streit mit seinem Vater gehabt hatte. Aber das Leben ist gelegentlich auch einmal anders, als es die Leitfäden der Kriminalisten schildern. Gut, dass der Zufall vielfach ein Einsehen hat und rechtzeitig als kriminalistische Nothilfe einspringt...

-0-

+ + +
Feuer im Flugzeug! Auf der Luftstrecke Washington - New York brach an Bord eines fahrplanmässigen mit 18 Passagieren besetzten Flugzeuges Feuer aus. Durch die Geistesgegenwart des Piloten konnte die Maschine nahe Baltimore lan= den. Sämtliche Insassen wurden unverletzt gerettet, der Apparat verbrannte.

+ + +
Loeske=Testament echt! Der Prozess um die Loeske=Millionen ist nunmehr zu Ende gegangen. Auch in der zweiten Instanz erkannte der sogenannte Erb= schaftssenat des Berliner Kammergerichts, der dritte Zivilsenat, die Echtheit des Millionentestaments an. Am 17. Juli vorigen Jahres hatte bereits das Land= gericht I in Berlin ein entsprechendes Urteil gefällt. Die 88 Verwandten des Juweliers Loeske, die nicht wahr haben wollten, dass der Verstorbene sein gesam= tes Vermögen seiner Freundin, Frau Blaustein und seinem Sozium, vermacht hätte, hatten gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Durch verschiedene Beweisanträ= ge glaubten sie die Behauptung erhärten zu können, dass das betreffende Testa= ment gefälscht, resp. von Loeske im Zustand der Geistesschwäche geschrieben sei. Ausserdem erklärten sie Frau Blaustein als "erbunwürdig". In beiden In= stanzen vermochte das Gericht dieser Beweisführung der Verwandten nicht zu folgen. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar, Einspruch beim Reichsgericht jedoch noch möglich.

+ + +
Uralzeff=Prozess am 28. Mai. Am Donnerstag, den 28. Mai beginnt vor dem grossen Schöffengericht Dresden der Prozess gegen den russischen Raiffeisen= schwindler Uralzeff und seine Mitangeklagten Rechtsanwalt Türk; R.A. Steinmetz Kaufmann Schrade, Oberleutnant a.D. Bedenk und Kaufmann Rifzes. Die Anklage lautet auf Fälschung einer notariellen Urkunde und auf Betrug an einem Dres= dener Grossindustriellen. Die Angeklagten werden von acht Verteidigern vertre= ten, unter ihnen R.=A. Sandack-Berlin und Justizrat Drucker-Leipzig, der Vor= sitzende des Deutschen Anwaltbundes. Im Laufe des Prozesses werden auch die Direktoren der Raiffeisen=Bank vernommen werden, die sich in erster Linie über den Verkauf der Ostpreussischen Dampfwolle A.G. an Uralzeff zu äussern haben werden. Uralzeff behauptet, von den deutschnationalen Direktoren der Raif eisenbank bei diesem Geschäft um 7 Millionen Mark betrogen und dadurch in zu Betrügereien verführende finanzielle Bedrängnis gebracht worden zu sein. Das Unternehmen wäre als bedeutend wertvoller in den Büchern geführt worden, als dies zu rechtfertigen gewesen sei.

+ + +

Atlantik=Luftrennen. In Los Angeles (Kalifornien) wird ein Flugzeug=Wettrennen von zwei Maschinen gleichen Typs vorbereitet, das um die ganze Welt führen soll. Es handelt sich um zwei Lockheed=Vega=Eindecker mit 450 PS Motoren. Von Neufundland aus soll über den Nordatlantik Berlin angesteuert werden; die weitere Reiseroute wird über Moskau und Tokio führen. Piloten der Maschinen sind Wiley Post aus Oklohoma und Vance Breece aus Los Angeles.

+ + +
Weltrevolution in Leutersdorf. Eine gemeingefährliche Brandstifterbande, bestehend aus fünf jungen Leuten im Alter von 18 bis 24 Jahren, wurde vom Landgericht Bautzen in der Berufungsinstanz zu Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu drei Jahren verurteilt. Die jungen Leute stammen aus Leutersdorf (Sa.); dort haben sie auch ihre Straftaten verübt. Den einen der Angeklagten bezichtigten die drei anderen als Anstifter. Es handelt sich hier um einen überzeugten oder wenigstens überzeugt spielenden Anarchisten, nach dessen auch vor Gericht vertretener Ansicht die unerquicklichen Zustände der Gegenwart nur durch brutale Gewalt beseitigt werden könnten. Die anderen Angeklagten sagten noch: Er, der Anstifter, sei darauf ausgegangen, den jetzigen Staat mit Gewalt zu stürzen und neue Revolutionen anzuzetteln. Es müsse in den Steinbrüchen Dynamit gestohlen werden, damit Höllenmaschinen angefertigt und öffentliche Gebäude, wie z.B. das Gemeindeamt in Leutersdorf, in die Luft gesprengt werden. Er habe sie aufgefordert, mit ihm Sprengstoff zu stehlen. Nach einem misslungenen Versuch, einen Geldschrank zu sprengen, habe der Anstifter erklärt, die Höllenmaschine sei zu schwach gewesen: eine aus Eisen würde bessere Wirkung tun. Weiter habe der Anführer gesagt: Wenn er nur 50 Mann habe, würde er mit denen eine neue Revolution machen. Vorläufig ist der Anstifter nun, zusammen mit seinen Komplizen, aus reichlich unpolitischen Gründen allerdings, ins Gefängnis gekommen. Die Weltrevolution geht vorläufig nicht von Leutersdorf aus.

+ + +
Eingemauerte Mädchenleiche. Beim Abbruch eines Hauses in der Via Val San Martino in Turin stiessen Arbeiter auf das Skelett eines jungen Mädchens. Die Leiche war in der Mitte auseinander geschnitten und dann eingemauert worden. Man vermutet, dass es sich um einen im Kriegsjahr 1918 begangenen Mord handelt, doch fehlen bisher Hinweise, die die Aufklärung des Verbrechens ermöglichen könnten.

+ + +
40-Jähriger heiratet Elfjährige. Ein Bäckermeister in Budapest hatte sich eines Notzuchtsverbrechens an einem elfjährigen Mädchen schuldig gemacht und dieses geschwängert. Um von der Strafe verschont zu bleiben, erklärte der Mann vor Gericht, sein Vergehen dadurch zu sühnen, dass er das Mädchen heirate, was nach ungarischem Recht erlaubt ist. Der ungewöhnliche Fall wurde dem Innenminister vorgetragen, der seine Zustimmung zur Ehe erteilte. Doch muss das Mädchen bis zum 15. Lebensjahr von dem Gatten getrennt leben und weiter die Schule besuchen.

+ + +
Marinesoldaten als Plünderer. In einem Interview in der Zeitung "El Universal" in Mexiko beschuldigt Professor Toledano die amerikanischen Marinesoldaten, bei ihrer Rettungsaktion in der Stadt Managua während des schweren Erdbebens geplündert zu haben. Sie sprengten nach seiner Behauptung mit Dynamit schwere Geldschränke, in denen sie Beute vermuteten und schossen auf Einwohner, die zurückgekehrt waren, um ihr wenigstens Eigentum zu retten.

+ + +
Bettler als Brandstifter. Im Dorfe Lowiew, Kreis Konin (Polen) wurden 18 Bauernwirtschaften ein Raub der Flammen. Man verhaftete einen Bettler, der auch eingestand, das Feuer aus Rache angelegt zu haben, weil er von dem einen Besitzer kein Nachtlager erhalten hatte.



Zukunft der Getreidewirtschaft.

----- Entwicklung zum Monopol.

SPD. Die Eingriffe des Reichsernährungsministers in die Getreidewirtschaft - Lieferung von verbilligtem Getreide, Vorschreiben der Gewinnspannen usw. - ist gar nicht das unerhört Neue, wie immer wieder von den Anhängern der sogenannten freien Wirtschaft behauptet wird. In ganz Europa ist man seit langem dazu übergegangen, den Getreideverkehr durch unmittelbare staatliche Eingriffe zu regeln. In der vollkommensten Weise, also durch ein Getreidemonopol, geschah das vor allem in den skandinavischen und baltischen Staaten. Das Monopol war hier eine Folge der russischen Schleuderverkäufe.

Norwegen hatte seit dem Kriege bis 1926 ein vollständiges Getreidemonopol, das auf einem politischen Bündnis zwischen Arbeiterpartei und Bauernparteien beruhte. 1927 wurde es von einer bürgerlich-liberalen Mehrheit beseitigt. Aber schon 1928 musste es wieder eingeführt werden und hat seitdem den Landwirten für ihre Ernten eine hohe Prämie gebracht; die Belastung der Verbraucher konnte durch die systematische Ausnützung des Ueberangebots auf dem Weltmarkt niedrig gehalten werden. In Schweden besteht gewissermassen ein Privatmonopol unter staatlicher Kontrolle; die drei grossen Mühlenkonzerne haben sich in einem Abkommen mit der Regierung verpflichtet, den Inlandsroggen zu einem festen Preis aufzunehmen. Von den insgesamt zur Vermahlung kommenden Roggen muss ein Teil (etwa 60 %) aus inländischer Ernte stammen. In Estland kauft die Regierung das inländische Getreide durch die Mühlen und Händler zu einem festen Preis auf. Die Mühlen müssen mindestens 50 % Inlandsroggen vermahlen. Zu einer ähnlichen Organisation hat man sich nach langen und unbefriedigenden Versuchen mit Zöllen und Marktstützungen im Juli 1930 in Lettland entschlossen. In Finnland wird der Markt des inländischen Roggens durch eine staatliche Aufnahme-stelle geregelt. Bei der Abwehr des ausländischen Angebots haben sich die linken Parteien gegen Zollerhöhungen heftig zur Wehr gesetzt, so dass auch hier die Monopolisierung der gegebene Weg sein dürfte.

Aber auch im westlichen und südlichen Europa ist die freie Getreidewirtschaft heute bereits stark durchlöchert. Die sogenannte "monopolfreie Lösung" in der Schweiz ist weit von der freien Wirtschaft entfernt.

Sie legt der Regierung die Verpflichtung auf, das Inlandsgetreide zu einem Zwangspreis zu erwerben. Die Zuschüsse werden durch Zölle hereingeholt. In Italien ergibt sich die staatliche Beeinflussung schon aus dem faschistischen System, in Spanien regelt die Regierung die Getreidepreise durch die Mühlenindustrie. In Frankreich wird der Markt reguliert durch Exporthilfe, Magazinierung inländischer Ware und durch bewegliche Zölle, deren Festsetzung durch ein Ermächtigungsgesetz in die Hand der Regierung gelegt ist. Die Tschechoslowakei hat Vermahlungszwang, Magazinierung und Einfuhrscheine. Oesterreich hat Versuche mit Gleitzöllen gemacht. Diese drei Länder, Frankreich, die Tschechoslowakei und Oesterreich, wenden damit im wesentlichen dieselben Mittel an wie Deutschland. Sie haben aber die Erfahrung gemacht, dass dieser "Monopolersatz" unzureichend ist und es sind bereits starke Kräfte am Werk, die auf die Schaffung eines Getreidemonopols hinzielen.

Von den Getreideüberschussländern hat Russland seit der Revolution ein

Aussenhandelsmonopol. In Südslawien wurde im April 1930 eine Regelung getroffen die der Regierung ein weitgehendes Aussenhandelsmonopol verleiht. In Ungarn werden Exportprämien unter Kontrolle der Regierung gezahlt. Eine internationale Zusammenfassung staatlicher Ausfuhrorganisationen ist bereits in dem deutsch=polnischen Roggenabkommen erreicht; ähnliche Pläne für eine internationale Zusammenfassung der Ausfuhr werden in den Donau=Ländern erörtert.

Schon heute kann also in der europäischen Getreidewirtschaft keine Rede mehr von einem freien Marktverkehr sein; die Preise und die Warenbewegungen sind nicht mehr allein von wirtschaftlichen Tatsachen abhängig, sondern sie unterliegen politischen Einflüssen. Den starken, mit allen Mitteln staatlicher Macht unterstützten monopolistischen Organisationen des Auslandes gegenüber kann sich die Nachfrage und das Angebot eines einzelnen Landes heute nur behaupten, wenn sie ebenfalls mit den Mitteln der staatlichen Macht unterstützt werden. Strittig ist in der Tat nahezu in ganz Kontinentaleuropa nicht mehr die Frage, ob der Getreidemarkt vom Staat beeinflusst werden soll; strittig ist allein noch der Weg, auf dem dies zu geschehen hat. Die deutsche Sozialdemokratie und mit ihr die in England, Norwegen, Schweden, Oesterreich, in der Tschechoslowakei und in Frankreich vertritt die Ueberzeugung, dass die in Deutschland, Frankreich, Oesterreich und anderen Ländern zur Anwendung gekommenen Massnahmen (bewegliche Zölle, Stützungskäufe usw.) um den Preis einer zu starken Belastung der Verbraucher den Landwirten nur einen unvollkommenen Schutz bringen. Sie fordert daher die Ersetzung dieser Behelfsmassnahmen durch ein volles Getreidemonopol. Die Getreidemonopole der einzelnen Länder werden dabei nicht länger mehr unabhängig voneinander bleiben können. Die Entwicklung führt vielmehr zwangsläufig zu einem europäischen Getreidemonopol.

SPD. Der deutsche Aussenhandel weist für den Monat April einen Ausfuhr=überschuss von 126 Millionen auf. Berücksichtigt man die Reparationslieferungen im Umfang von 38 Millionen, dann ergibt sich ein Ausfuhrüberschuss von 164 Millionen.

Einfuhr und Ausfuhr haben sich im Monat April nicht gleichmässig entwickelt. Während in den Vormonaten Einfuhr und Ausfuhr zusammenschumpften, zeigt sich diesmal eine Steigerung der Einfuhr. Die Ausfuhr ging dagegen weiter zurück. Im reinen Warenverkehr wird die Einfuhr mit rund 680 Millionen angegeben. Davon sind etwa 25 Millionen abzusetzen. Es handelt sich dabei um Ueberhöhen durch die Vierteljahrsabrechnungen. So ergibt sich gegenüber der tatsächlichen Einfuhr im März immer noch eine Steigerung im Umfang von 70 Millionen Mark. Die Ausfuhr beläuft sich im reinen Warenverkehr auf 818 Millionen Mark (einschliesslich 38 Millionen Reparationslieferungen). Im März 1931 betrug sie 867 Millionen und im April 1930 = 978 Millionen. Trotzdem kann man sagen, dass sich die deutsche Ausfuhr auch im April behaupten konnte und sogar Terrain gewonnen hat. Erfahrungsgemäss treten im April Rückgänge in der deutschen Ausfuhr um etwa 9 % ein. Die Rückgänge haben aber im April 1931 nur 6 % betragen. Berechnet man die Ausfuhr pro Wochentag, so ergibt sich von März bis April eine Ausfuhrsteigerung pro Wochentag von 31,6 auf 32,5 Millionen. Von Februar bis April ist also die wochentägliche Ausfuhr von 30,5 auf 32,5 Millionen gestiegen. Das ist umso höher zu veranschlagen, als die Exportwerte fortwährend zurückgehen, was sich durch den Preisdruck im Exportgeschäft unter Einfluss der Wirtschaftskrise erklärt. Der Wertindex für die Ausfuhr (1928 = 100 gesetzt) machte im Februar noch 86,3 aus und ging bis zum April auf 84,3 zurück.

An der Einfuhrsteigerung sind vorwiegend Rohstoffe und Halbwaren beteiligt. Die Rohstoffeinfuhr liegt mit 368 Millionen um 70 Millionen höher als im Vormonat, während sie im April 1930 allerdings noch 480 Millionen betrug.

Man konnte auf den Gedanken kommen, von der grösseren Rohstoffeinfuhr auf die Wirtschaftsentwicklung zu schliessen. Das ist aber nur bedingt möglich. An der Rohstoffeinfuhrsteigerung ist z.B. die Textilindustrie mit über 30 Millionen beteiligt und zwar ist im April allein für 22 Millionen Mark mehr Wolle eingeführt worden. Das hängt einmal mit den Preissteigerungen für Wolle zusammen, die wir in den letzten Wochen erlebt haben, andererseits mit der Belebung in der deutschen Textilindustrie, die man wohl allgemein als einmaligen Vorgang, nämlich als Auffüllung der stark gelichteten Läger anspricht.

An dem Rückgang der Ausfuhr sind hauptsächlich Rohstoffe und Fertigwaren beteiligt. Die Rohstoffausfuhr, besonders Kohle, ging von 172 Millionen auf 160 Millionen zurück. Bei der Fertigwarenausfuhr ist eine Senkung von 662 Millionen im März auf 620 Millionen im April zu verzeichnen. Im April 1930 betrug die Fertigwarenausfuhr noch 735 Millionen Mark. Am Rückgang sind so ziemlich alle Fertigwaren (mit Ausnahme von Wasserfahrzeugen), besonders aber Textilien, Eisen, chemische und pharmazeutische Artikel und Maschinen beteiligt.

SPD. Nach langem erbitterten Streit ist es gelungen, den Frieden in der Kunstseidenindustrie herzustellen. Man hat, wie man so sagt, bei diesem Friedensschluss Nägel mit Köpfen gemacht und eine hundertprozentige Einigung erzielt. Was das bedeutet, werden die deutschen Verbraucher bald an den Kunstseidenpreisen merken. Wir fühlen uns veranlasst, schon jetzt die Aufmerksamkeit der Regierung, die sich für den Lohnabbau eingesetzt hat und die damit die Verantwortung für den Preisabbau trägt, auf die Bewegung der Kunstseidenpreise zu richten. Wenn nicht alles täuscht, werden diese Preise bald in die Höhe schiessen, was doppelt unberechtigt ist, da die Kunstseidenpreise selbst während des heftigsten Kampfes um den deutschen Markt stark überhöht blieben.

Bei den Kämpfen auf dem Kunstseidenmarkt handelt es sich zunächst um die beiden alten Rivalen, die Elberfelder Glanzstofffabriken (Akugruppe) und die I.G. Farbenindustrie. Die beiden Gruppen werden in Zukunft in ein Syndikat zusammengefasst. Dem Farbentrust ist es gelungen, sich eine Quote von etwa 15 % zu sichern, während die Akugruppe 50 % des deutschen Absatzes an Viscoseseide liefern wird. Die restlichen 35 % entfallen auf die anderen deutschen Kunstseidengruppen und das Ausland. In Frage kommen Italien, Frankreich und Belgien. Die Länder werden in das Syndikat aufgenommen. Italien, das wichtiger Exporteur für Kunstseide ist und an dessen Kunstseidenindustrie die deutschen Gruppen stark finanziell beteiligt sind, erhält eine Quote von 17 %. Aber man hat sich mit der Quotenzuteilung nicht begnügt. Man wird den Import von Kunstseide nach Deutschland in Zukunft z.T. über zentrale Verkaufsbüros leiten. Das gilt besonders für die italienische Ausfuhr. Die ganze Regelung bedeutet also, dass die Akugruppe und die I.G. Farbenindustrie das Angebot in Deutschland regulieren und damit beliebige Preise machen können. Es ist vorauszusehen, dass mit Hilfe dieses Apparates der Kunstseidenpreis in Deutschland weit über den Auslandspreis getrieben wird. Das liegt nicht im Interesse der Verbraucher, ist auch das ungeeignetste Mittel, die Leistungsfähigkeit der an sich übersetzten Kunstseidenindustrie im Einklang mit dem Verbrauch zu bringen.

Für die verarbeitende Industrie und für den Export ergeben sich ähnliche Probleme wie in der Eisenindustrie. Die Textilindustrie verwendet immer mehr Kunstseide. Die Textilindustrie stellt aber einen nicht unwesentlichen Teil des deutschen Exports. Treibt nun das Kunstseidenkartell die Preise in die Höhe, dann erschwert es die Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Textilindustrie. Die deutsche Textilindustrie kann unmöglich mit überhöhten Inlandspreisen in Wettbewerb mit den Textilindustrien des Auslandes treten.

Nachgebende Terminpreise.

(Berliner Getreidebörse vom 16. Mai)

SPD. Auch am letzten Tage der Woche hat sich in der Geschäftslage an der Berliner Produktenbörse nichts geändert; die Umsatztätigkeit blieb äusserst eingeschränkt. Für Weizen ergaben sich im Zeithandel grössere Abschwächungen für den laufenden Monat. Zur Herbstlieferung lagen einige Offerten vor, die jedoch nicht die letztnotierten Preise erzielten, sondern nur zu etwas niedrigeren Kursen Aufnahme fanden. In prompter Ware blieben Angebot und Nachfrage beim Weizen gleich gering. Roggen konnte im Zeithandel für die vorderen Sichten leichte Kursgewinne verbuchen. Die September-Notiz war aber auch hier rückläufig. Im Handel mit effektiver Ware wurden nur verschwindend wenige Mengen angeboten, die zu unveränderten Preisen Absatz fanden. Das Mehlgeschäft in beiden Sorten blieb weiter leblos. Die Forderungen der Mühlen lauteten unverändert. Hafer hatte sehr ruhigen Markt. Die Preise vermochten sich nicht zu behaupten.

	<u>15. Mai</u>	<u>16. Mai</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	285 - 287	284 - 286
Roggen	195 - 190	197 - 198
Futter- und Industrieroggen	230 - 244	230 - 244
Hafer	196 - 200	194 - 198
Weizenmehl	33,50-39,25	33,50-39,00
Roggenmehl	26,75-28,50	26,75-28,50
Weizenkleie	14,75-15,25	15,00-15,25
Roggenkleie	14,75-15,00	14,75-15,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai $297\frac{1}{2}$ - $296\frac{1}{2}$ (Vortag 300), Juli $299\frac{1}{2}$ - $298\frac{1}{2}$ (300 $\frac{1}{2}$), September 251 und Brief (252). Roggen Mai $206\frac{1}{2}$ (205 $\frac{1}{2}$), Juli $203\frac{1}{2}$ (203), September 191 (192 $\frac{1}{2}$), Hafer Juli 206-206 $\frac{1}{2}$, September 178.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 16. Mai: I. 125 Mark (letzte Notierung 122 Mark), II. 117 Mark (114 Mark, III. 103 Mark (100 Mark) je Zentner. Tendenz: befestigt.

SPD. In der Generalversammlung des Schokoladenkonzerns Sarotti wurde mitgeteilt, dass sich in den letzten Wochen eine erfreuliche Belebung des Geschäfts bemerkbar gemacht habe.

SPD. Der Zementabsatz wird für den Monat April 1931 mit rund 434 000 Tonnen angegeben gegenüber 570 000 Tonnen im April 1930. Gegenüber dem April 1929 ist beinahe eine Halbierung eingetreten.



Reichsarbeitsminister und Lohnabbau.

SPD. Dieser Tage fand eine Besprechung des Reichsarbeitsministers mit den Gewerkschaften über die besonderen Schwierigkeiten der Arbeitsmarktlage in Sachsen statt. Die Besprechung, an der auch der sächsische Arbeitsminister teilnahm, steht in Zusammenhang mit dem Versuch der Unternehmer, für Sachsen einen besonders scharfen Lohnabbau von oben her genehmigt zu bekommen. Diesem Versuch diente bereits die grosse Unternehmertagung in Chemnitz im Januar dieses Jahres. Die Gewerkschaften hatten rechtzeitig gegen die Scharfmacher mobil gemacht. Der Bezirksausschuss Sachsen des ADGB forderte energisch, dass von der Reichsregierung auch mit den Gewerkschaften über die Lohnfrage verhandelt werde. Diese Verhandlungen setzten Ende April ein und in der Besprechung mit dem Reichsarbeitsminister kamen sie zu einem vorläufigen Abschluss.

Schon in der ersten Besprechung Ende April machten die Gewerkschaften, gestützt auf eine von ihnen der Regierung vorgelegte Denkschrift über die Lohnentwicklung in Sachsen, darauf aufmerksam, dass die sächsischen Löhne mit denen im übrigen Reich ziemlich parallel gehen und die Ungunst der sächsischen Arbeitsmarktlage ihre Ursache nicht in einer zu starken Lohnbelastung, sondern in ganz anderen Umständen hat. In der neuen Besprechung warnen sie unter Hinweis auf den in Sachsen besonders scharfen Lohnabbau und auf die durch Kurzarbeit gesteigerte Notlage der Arbeiterschaft dringend vor einem weiteren Abbau der an sich unzureichenden Löhne. Dem sächsischen Arbeitsmarkt könne nicht durch Lohnverelendung, sondern höchstens durch eine kräftige Berücksichtigung der sächsischen Wirtschaft bei der Verteilung von Reichsaufträgen und bei der Vergabe von Reichsmitteln zum Zweck der Arbeitsbeschaffung geholfen werden. Hierfür machten die Gewerkschaften auch konkrete Vorschläge.

Der Reichsarbeitsminister erklärte nach 3 1/2 stündigen Verhandlungen, dass weder er noch der Reichskanzler den sächsischen Unternehmern irgendwelche Zusagen für einen besonderen Abbau der sächsischen Löhne gemacht habe, wenn die Unternehmer etwas derartiges behaupteten, so entspreche eine solche Behauptung nicht den Tatsachen. Er, der Reichsarbeitsminister, halte eine zweite allgemeine Lohnabbauwelle aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen für untragbar. Ob in einzelnen Industrien und Bezirken auf Grund besonders ungünstiger Verhältnisse noch eine weitere Lohnentlastung nötig sei, müsse von Fall zu Fall in Einzelverhandlungen geprüft werden. Ein allgemeiner Abbau der sächsischen Löhne komme für ihn nicht in Frage.

Dieser Stellungnahme des Reichsarbeitsministers kommt gerade in diesem Augenblick besondere Bedeutung zu. Der Reichsarbeitsminister erklärt, er sei gegen eine zweite allgemeine Lohnabbauwelle. Das ist ein Wort, und die Arbeiterschaft wird den Reichsarbeitsminister beim Wort nehmen. Sie wird dazu sehr bald Gelegenheit haben; denn das Unternehmertum zeigt sich in der Lohnfrage völlig verbohrt und verstockt. Die volkswirtschaftliche Pleite der bisherigen grossen Lohnabbauaktion steht einwandfrei fest und wird auch von niemand mehr geleugnet. Trotzdem verlangt die Unternehmerpresse, dass das verhängnisvolle Experiment, das uns noch tiefer in den Arbeitslosensumpf hinunterrutschen liess, wiederholt wird. Das ist denn doch etwas zu happig. Der deutsche Arbeiter ist geduldig wie ein Lamm. Er weiss, dass jetzt, wo wir die "herrlichen Zeiten", denen uns der Kaiser entgegenzuführen versprach, ausbaden müssen, keine grossen Sprünge gemacht werden können und jeder etliche Löcher zurückstecken muss. Aber

sein Schwachtriemen lässt sich beim besten Willen nicht mehr enger schnüren. Auch der Reichsarbeitsminister weiss das. Er meint, für einzelne Bezirke oder einzelne Industrien könne unter Umständen noch eine Lohnentlastung in Frage kommen. Wenn nur nicht die Unternehmer aus dieser Hintertür eine Bresche für einen neuen Lohnabbauvorstoss machen!

Da ist der grosse Gehaltskonflikt der Angestellten der Schwerindustrie an der Ruhr. Ist er so ein Einzelfall, in dem ein neuer Abbau - und was für einer! - zugestanden werden soll? Schon betonen die Angestelltenorgane, dass ihr scharfer Protest gegen den mit den Stimmen der Arbeitgeber gefällten Gehaltsabbauentscheidungsanspruch, von dem 30 000 Angestellte direkt und weitere 10 000 indirekt betroffen werden, allem Anschein nach im Reichsarbeitsministerium ungehört verhallt. Uns dünkt, der "Ueberfall an der Ruhr", wie "Der freie Angestellte", das Organ des ZdA, den Schiedsspruch charakterisiert, alles andere als eine nur lokale Angelegenheit ist. Seine Verbindlichkeitserklärung wäre eine Sanktionierung der Unternehmerforderung, dass die Lohn- und Gehaltssätze um mindestens 20 Prozent gekürzt werden sollen. Bei dem Kampf der Northwest-Angestellten gegen eine Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruchs, der vom ZdA bis hinüber zum DHV die Fäuste ballen liess, muss sich in Kürze zeigen, ob von dem Wort des Reichsarbeitsministers gegen einen neuen allgemeinen Lohnabbau das Wort gilt: Ein Mann - ein Wort.

SPD. Der Arbeitgeberverband der Rheinschiffahrt hat den neuen, am 11. Mai gefällten Schiedsspruch abgelehnt. Die Stellungnahme des Gesamtverbandes steht noch aus. Sie wird erst am Dienstag erfolgen.

SPD. Im Lohnkürzungskonflikt des französischen Textilbezirks Roubaix-Tourcoing ist, obwohl die Frist für die Inkraftsetzung der Lohnsenkung bis zum 18. Mai verlängert worden war, keine Einigung erzielt worden. Die Arbeiter halten daran fest, dass sie zur Zeit eine Lohnsenkung nicht annehmen können, da in verschiedenen Fabriken bereits Kurzarbeit eingeführt sei. Der Arbeitsminister hat nun in letzter Stunde einen neuen Vermittlungsversuch unternommen. In seinen Unterredungen mit den Gewerkschaften und den Unternehmern wies er darauf hin, dass ein Konflikt, der für beide Teile ernste Folgen haben würde, unter allen Umständen vermieden werden müsse. Die Arbeitgebervertreter erklärten sich daraufhin bereit, noch einmal mit den Gewerkschaften zu verhandeln.

SPD. Der Manteltarifschiedsspruch für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

SPD. Die genauen Zahlen über das Ergebnis der Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn in Bayern, die nunmehr vorliegen, bestätigen, dass der Einheitsverband in allen fünf Bezirken den Angriff der Gegner siegreich abgeschlagen und seine beherrschende Stellung behalten hat. Infolge des Personalabbaus waren diesmal statt 52 nur 46 Bezirksbetriebsräte zu wählen. Davon erhielten der Einheitsverband 28 Mandate, die Christen 17, die Kommunisten 1 Mandat. Im einzelnen lauten die Ergebnisse Bezirk München Einheitsverband 8, Christen 4, RGO 1, Augsburg: Einheitsverband 4, Christen 3. Für den Bezirk Regensburg lauten die entsprechenden Ziffern 4 und 4, Nürnberg 7 und 4, Pfalz 5 und 2. Die Nazis sind völlig durchgefallen.

SPD. Auf dem Kongress der französischen Grubenarbeiter in St. Etienne setzte sich im Rahmen der Begrüßungsansprachen Martmöller vom Deutschen Bergarbeiterverband mit besonderem Nachdruck für eine Verständigung der Grubenarbeiter aller Länder zur Eindämmung der Krise ein. Er betonte, dass die Arbeiter die ersten Opfer der Krise seien. Im Kohlenbergbau hätten sich völlig unhaltbare Zustände herausgebildet. Die deutschen Grubenarbeiter seien, obwohl sie vor nicht langer Zeit eine Lohnkürzung von 6% hätten hinnehmen müssen, schon wieder von einer neuen Lohnsenkung bedroht. In fast allen deutschen Zechen werde pro Woche zwei bis drei Tage gefeiert. Für die Arbeitslosen der Grubenbezirke zeige sich kaum ein Lichtblick. Tausende seien zur Dauerarbeitslosigkeit verdammt. Diesem furchtbaren Elend müsse um jeden Preis ein Ende gemacht werden. Martmöller erzielte mit seinem Appell zur Verständigung auf dem französischen Kongress grossen Beifall.

SPD. In Japan hat die Regierung ein Gewerkschaftsgesetz und ein Gesetz zur zwangsweisen Schlichtung in Arbeitskonflikten nach Annahme durch das Parlament bestätigt. Das Schlichtungsgesetz hebt praktisch die den Gewerkschaften durch ihre Legalisierung gemachten Zugeständnisse wieder auf, da auf Wunsch der Industrie das Recht der organisierten Arbeit auf Streik sehr stark eingeschränkt wurde. Beide Gesetzentwürfe sind daher in der Kammer sowohl von der bürgerlichen Opposition wie von den Arbeiterparteien sehr heftig bekämpft worden.

Trotz aller Hindernisse sind die Aussichten der japanischen Gewerkschaftsbewegung nicht ungünstig. Bis jetzt zählt sie bei einer Industriearbeiterschaft in Stärke von 5 Millionen erst über 340 000 Organisierte.

SPD. Der Afa-Bundesvorstand hat zum 22. Juni den Bundesausschuss nach Berlin einberufen, um die für die Sicherheit der AV erforderlichen Massnahmen zu beschliessen.

Die Angestellten machen jetzt gegen die Bedrohung ihrer Versicherung durch eine Art Gefahrgemeinschaft zwischen Knappschafts-, Invaliden- und Angestelltenversicherung mobil. Die aus dem Reichsarbeitsministerium kommenden Gefahrgemeinschaftsvorschläge kommen einem Angriff auf das Versichertenvermögen der Reichsversicherungsanstalt gleich. Die durch die technische Umstellung des Bergbaus hervorgerufene Not der Reichsknappschaft kann nicht dadurch behoben werden, dass die übrigen Versicherungsträger eines Teiles der zur Dekung ihrer Verpflichtungen erforderlichen Kapitalien beraubt werden. Wenn das aus Beiträgen der Beteiligten für die Wechselfälle des Arbeitslebens angesammelte Versicherungskapital für andere Zwecke weggegeben werden dürfte, so müsste das den Rest von Rechtssicherheit innerhalb der Sozialversicherung beseitigen.

SPD. Die Vereinigung für polizeiwissenschaftliche Fortbildung hält zu Beginn der kommenden Woche (19. und 20. Mai) in Berlin einen Polizeitag ab. Auf ihm wird auch Reichstagsabgeordneter Grassmann, der zweite Vorsitzende des ADGB, sprechen. Sein Thema lautet: "Was verlangt das Volk von seiner Polizei?"